

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 078/2011 (VWD)

Interpellation Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen): Industriepolitik im Kanton Solothurn zur Vermeidung von Ereignissen wie bei der Sappi Biberist (11.05.2011)

Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kantons wurde und wird immer noch geprägt von Basisindustrien. Diese sind in der Regel sehr energieintensiv. Offensichtlich gefährdet gerade die Entwicklung der Energiepreise Wachstum und Konkurrenzfähigkeit dieser Betriebe und damit eine grosse Anzahl von Arbeitsplätzen, die für unseren Kanton und die Menschen in unserem Kanton von enormer Bedeutung sind.

Die öffentliche Hand (Kanton bei Alpiq, Gemeinden zum Teil bei lokalen und regionalen Energieproduzenten und -versorgern) ist traditionell Eigner oder Miteigner der Energieproduzenten. Der Kanton ist in seiner Eignerrolle nach wie vor gebunden an den Volksbeschluss aus dem Jahr 1961, der mit der Beteiligung an der damaligen ATEL eine wirtschaftliche Energieversorgung zum Ziel hatte.

Die Preispolitik der Energieproduzenten und -händler ist einer von mehreren Gründen, der die Zukunft dieser Basisindustrien in unserem Kanton ernsthaft gefährdet. Gleichzeitig trägt die öffentliche Hand viele der wirtschaftlichen Folgen von Betriebsschliessungen und Entlassungen.

Aktuell ist zudem festzustellen, dass gerade internationale Betriebe bei Überkapazitäten oder Restrukturierungsbedarf rasch Massnahmen bei Werken in der Schweiz anordnen, da diese im europäischen Vergleich aufgrund eines schwachen Arbeitnehmerschutzes rasch und betriebswirtschaftlich kostengünstig umzusetzen sind.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb, folgende Fragen zu beantworten:

1. Die Basisindustrien in unserem Kanton gehören trotz energiesparenden Massnahmen zu den Energie-Grossverbrauchern. In den vergangenen Jahren hat diese Industrie in unserem Kanton massiv Arbeitsplätze abgebaut und Kapazitäten reduziert. Welche Bedeutung misst der Regierungsrat dieser Industrie und ihren Entwicklungsmöglichkeiten für unseren Kanton zu?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, diesen bedrängten Industriebranchen Unterstützung zu bieten? Gibt es solche Möglichkeiten im Bereich der Energiekosten?
3. Welche Optionen sieht der Regierungsrat als (Mit-)Eigner von Energieproduzenten und -versorgern auf nachhaltige Lösungen zur Sicherung von Werkstandorten und Arbeitsplätzen hinzuwirken? Ist er gewillt, seinen Einfluss geltend zu machen und auszubauen? Ist der Regierungsrat auch bereit die Gemeinden, welche ebenfalls Energiewerke (mit-)besitzen, dazu anzuhalten, diese Strategie zu stützen?
4. Mehrere Industriebetriebe erleb(t)en Eignerwechsel zu Konzernen, deren Entscheidentralen ausserhalb der Schweiz liegen. Welche Chancen und Risiken sieht der Regierungsrat in dieser Entwicklung? Ist er gewillt, diese Entwicklungen zu beeinflussen und mit welchen Mitteln?
5. Ist der Regierungsrat bereit, Anstrengungen zu unternehmen, damit der Arbeitnehmerschutz in der Schweiz ausgebaut wird und damit Betriebsschliessungsentscheide wie aktuell bei der Sappi nur erschwert umgesetzt werden können bzw. gar nicht angeordnet werden?

6. Ist der Regierungsrat bereit, in Anbetracht der aufgeführten Entwicklungen für unseren Kanton eine Industriepolitik zu definieren? Wenn ja, welche strategischen Schwerpunkte und Ziele braucht es aus Sicht des Regierungsrates für eine „solothurnische Industriepolitik“?

Begründung (11.05.2011): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Philipp Hadorn, 2. Rolf Späti, 3. Kuno Tschumi, Doris Häfliger, Urs von Lerber, Jean-Pierre Summ, Anna Rüefli, Peter Schafer, Heinz Glauser, Beat Wildi, Franziska Roth, Philippe Arnet, Christine Bigolin Ziörjen, Markus Schneider, Urs Huber, Fränzi Burkhalter, Hans-Jörg Staub, Evelyn Borer, Simon Bürki, Susanne Schaffner, Walter Schürch, Konrad Imbach, Barbara Wyss Flück, Felix Lang. (24)